

Wirtschaftspolitische Informationen 6/2007

ver.di Bundesvorstand Berlin -
Bereich Wirtschaftspolitik – Dezember 2007
www.wipo.verdi.de



Steuern sprudeln – genug gespart!

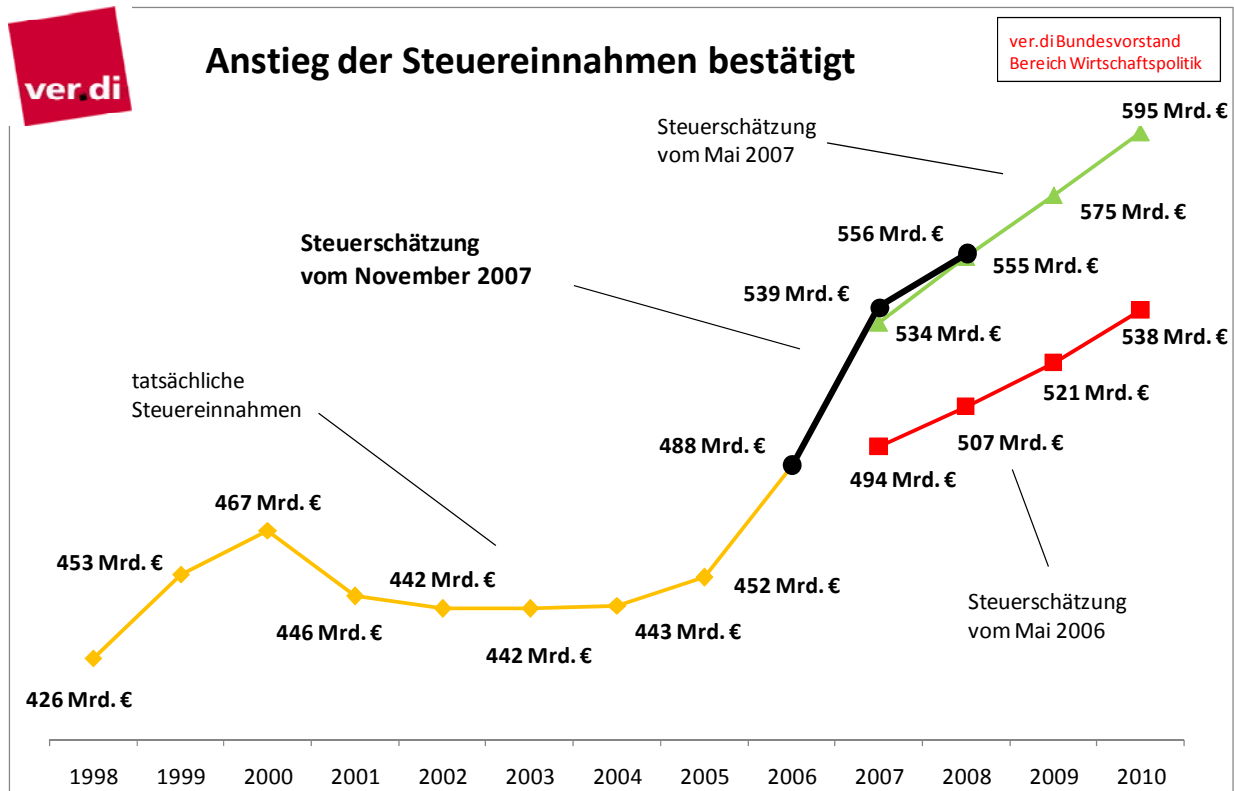
Steuereinnahmen sprudeln	2
Stabile Überschüsse bei den Gemeinden	3
Verbraucher und Beschäftigte tragen den Löwenanteil.....	4
Neue Steuergeschenke für Unternehmer	5
Erbschaftsteuer – noch mehr Geschenke?	6
Niedrigsteuerland – für Reiche.....	7
Wachstumsbremse Sparwut.....	8
Öffentliche Ausgaben: Genug gespart!	10
Jetzt sind die Beschäftigten dran	11

Steuereinnahmen sprudeln

Im Jahr 2008 werden die Steuereinnahmen um 17 Milliarden Euro oder gut drei Prozent höher liegen als im Jahr 2007 – insgesamt bei 556 Milliarden Euro. Im laufenden Jahr beträgt der Anstieg sogar 50 Milliarden Euro oder zehn Prozent und in 2006 waren es gut acht Prozent.

Auch wenn Finanzminister Steinbrück die Einnahmesituation klein reden will: Die aktuelle Steuerschätzung für die Jahre 2007 und 2008 hat die positiven Aussichten aus der Schätzung vom Mai bestätigt.¹ Gegenüber der Mai-Schätzung werden für 2007 sogar nochmals fast fünf Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen erwartet. Die für 2008 erwarteten Einnahmen liegen ebenfalls leicht über der Schätzung vom Mai, obwohl in der aktuellen Schätzung erstmals die massiven Steuerausfälle durch die kommende Reform der Unternehmensteuer berücksichtigt sind.

In den vergangenen Jahren mussten die Steuerschätzer und Schätzerinnen regelmäßig ihre Prognosen nach unten korrigieren: Seit 1999 waren die Steuereinnahmen nicht vom Fleck gekommen und um die Marke von 450 Milliarden Euro herum gedümpelt. Vor gerade einmal eineinhalb Jahren – im Mai 2006 – ging die Steuer-



¹ Im Mai werden die Steuern jeweils für fünf Jahre im Voraus geschätzt, im November nur für das laufende und das kommende Jahr.

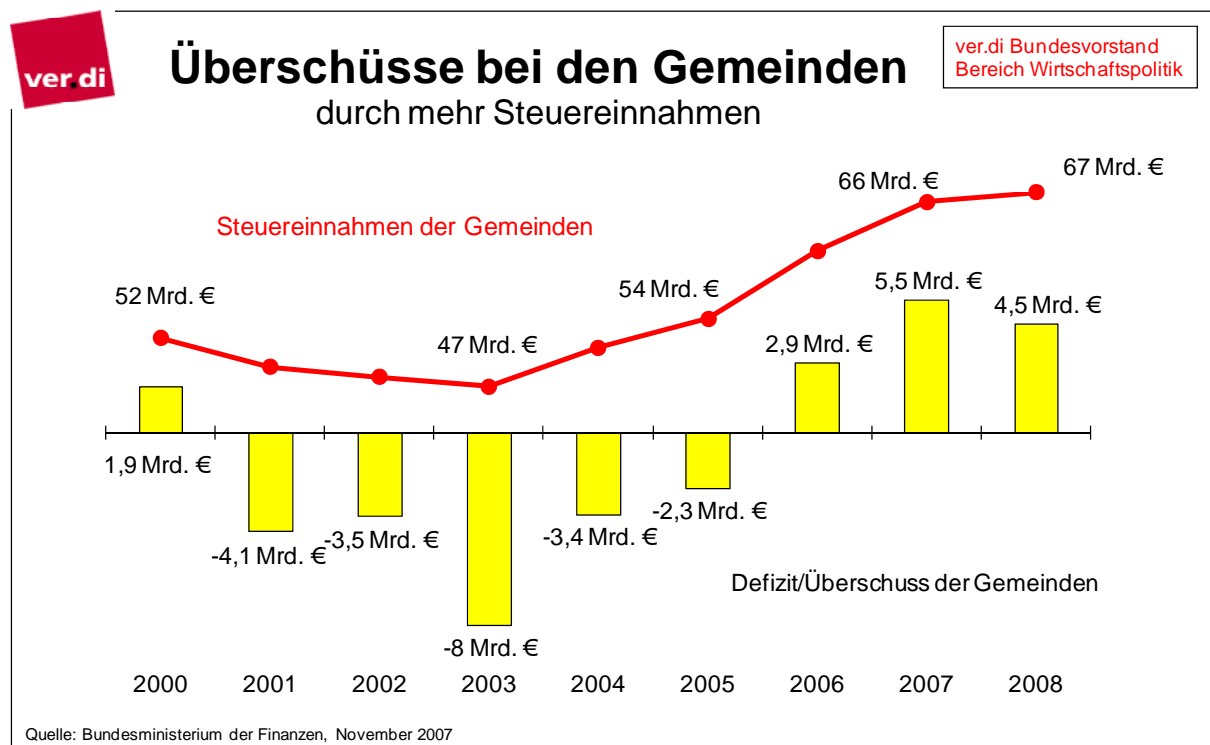
schätzung von viel niedrigeren Einnahmen aus. Jährlich rund 50 Milliarden Euro weniger wurden damals erwartet.

Um rund 20 Prozent sind die Steuereinnahmen seit 2005 gestiegen – im Schnitt ein Plus von fast sieben Prozent pro Jahr. Auch wenn die Zuwächse künftig etwas kleiner ausfallen werden, bleibt das höhere Einnahmenniveau „tabellenwirksam“ erhalten. Das schafft bei Bund, Ländern und Gemeinden dauerhaft erheblich mehr finanziellen Handlungsspielraum. Insgesamt werden die öffentlichen Haushalte in diesem Jahr erstmals wieder ausgeglichen sein. Dabei weist der Bund noch ein Defizit auf, Länder und Gemeinden jeweils Überschüsse.

Stabile Überschüsse bei den Gemeinden

Viele Städte und Gemeinden beklagen sich zwar nach wie vor, dass sie hohe Kassenkredite aufnehmen müssen. Immerhin haben sie insgesamt aber bereits im vergangenen Jahr einen Haushaltsüberschuss erreichen können. Und nach den Prognosen bleiben sie weiterhin in der komfortablen Situation, mehr Einnahmen zu erzielen als Ausgaben beabsichtigt sind.

Laut Gemeindefinanzbericht des Deutschen Städtetags sind für 2007 Mehrausgaben von knapp drei Prozent geplant – nach gerade einmal 1,5 Prozent 2006. Die Personalausgaben sind 2006 sogar um knapp ein Prozent gesunken und sollen sich auch 2007 mit minus 0,2 Prozent nicht vom Fleck bewegen. Doch ausreichend Spielraum



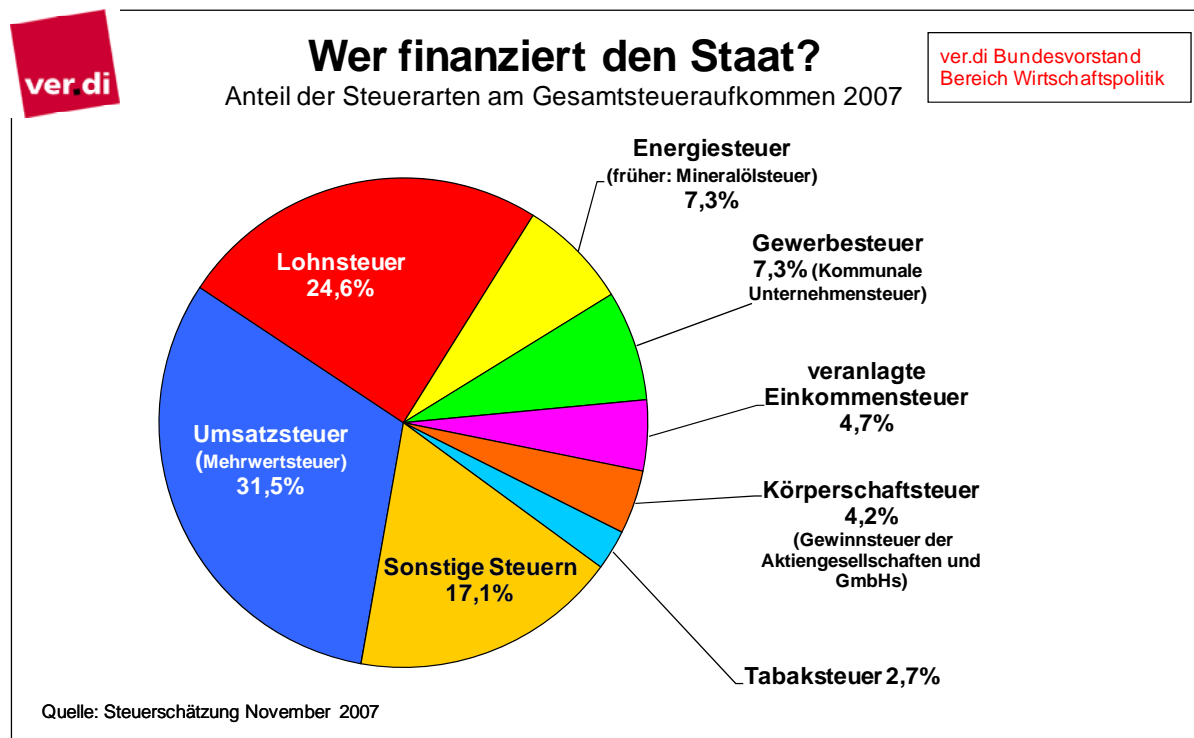
für zusätzliche Ausgaben ist vorhanden: Der Städtetag hat für 2007 nur mit einem Haushaltsüberschuss von 3,5 Milliarden Euro gerechnet. Laut Finanzministerium wird er mit 5,5 Milliarden Euro deutlich höher liegen und auch 2008 noch einen Wert von 4,5 Milliarden Euro erreichen.

Verbraucher und Beschäftigte tragen den Löwenanteil

Hintergrund der positiven Entwicklung der öffentlichen Einnahmen ist zum einen der wirtschaftliche Aufschwung. Zum anderen schlägt nun die von der großen Koalition durchgesetzte Erhöhung der Mehrwertsteuer voll durch. Sie allein bringt über 23 Milliarden Euro mehr als im vergangenen Jahr und damit knapp die Hälfte der zusätzlichen Steuereinnahmen des Jahres 2007. Schon vor der Erhöhung betrug der Anteil der Mehrwertsteuer 30 Prozent des gesamten Steueraufkommens. Jetzt liegt er bei 31,5 Prozent, im Jahr 2008 wird er bei knapp 32 Prozent liegen.

Lohnsteuer und Verbrauchsteuern tragen rund drei Viertel zum gesamten Steueraufkommen bei.

Zusammen mit der Lohnsteuer bildet die Mehrwertsteuer die Haupteinkommensquelle von Bund, Ländern und Gemeinden – sie bringen gut 56 Prozent der Steuereinnahmen. Beschäftigte und Verbraucher werden auch noch mit anderen Steuern spürbar zur Kasse gebeten: Die dritthöchsten Einnahmen bringt die Mineralölsteuer. An siebter Stelle liegt schon die Tabaksteuer. Jeweils ein bis zwei Prozent zum



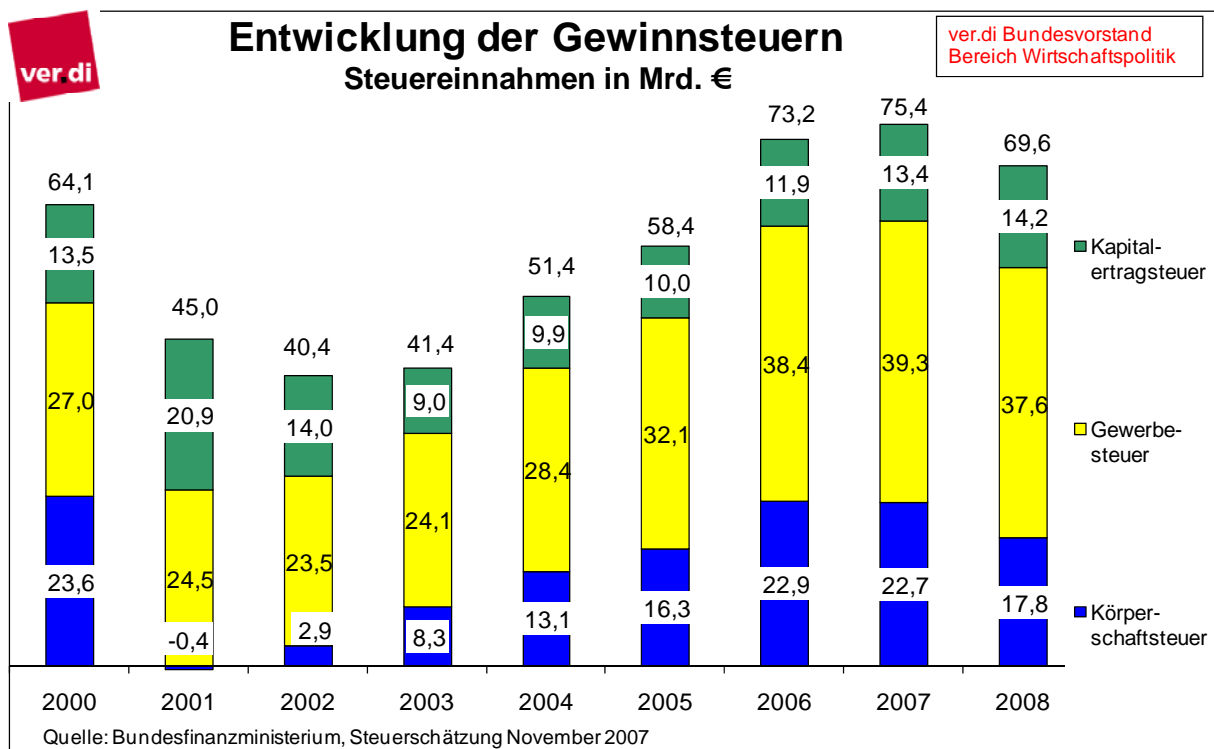
Steueraufkommen tragen die Versicherungssteuer, die Kraftfahrzeug- und die Stromsteuer bei. Dagegen bringen alle Steuern auf Gewinne und Vermögen zusammen gerade einmal 20 Prozent des Steueraufkommens.

Zusätzlich zur Erhöhung der Mehrwertsteuer hat die große Koalition Beschäftigte und Verbraucher massiv mit weiteren Steueränderungen belastet: Streichung der Eigenheimzulage, Kürzungen bei Pendlerpauschale, Sparerfreibetrag, steuerfreien Abfindungen und bei der Absetzbarkeit von Arbeitszimmern, ein Jahr weniger Kindergeld – um nur die wichtigsten zu nennen. Insgesamt ziehen uns Steinbrück und Merkel auf diese Weise fast 40 Milliarden Euro zusätzlich aus der Tasche. Auf der andern Seite verteilen sie neue Steuergeschenke an Unternehmer und Reiche.

Neue Steuergeschenke für Unternehmer

Die Gewinnsteuern der Unternehmer waren im Jahr 2001 durch die rot-grüne Steuerreform massiv eingebrochen. Trotz gewaltig steigender Unternehmensgewinne haben sich die Steuereinnahmen nur langsam wieder erholt. Erst im Jahr 2006 haben sie wieder das Niveau des Jahres 2000 überschritten, obwohl die Unternehmensgewinne im gleichen Zeitraum um über 50 Prozent zugenommen haben. Auch 2007 bleiben die Steuereinnahmen noch auf hohem Niveau.

Zum 1. Januar 2008 tritt aber schon die nächste „Reform“ der Unternehmensbesteuerung in Kraft, die die Einnahmen – vor allem bei der Körperschaftsteuer –



erneut einbrechen lässt. Auf rund acht Milliarden Euro bezifferte das Finanzministerium die Steuerausfälle allein im nächsten Jahr. Bis 2012 summieren sich die erneuten Steuergeschenke an die Unternehmer auf 30 Milliarden Euro. Gut die Hälfte der Einnahmeverluste müssen Länder und Gemeinden tragen. Unabhängige Experten schätzen die Steuerausfälle sogar auf mindestens zehn Milliarden Euro – jährlich! Dann drohen bis 2012 Verluste in Höhe von 50 Milliarden Euro.

Erbschaftsteuer – noch mehr Geschenke?

Sechs Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen sind durch eine gerechte Reform der Erbschaftsteuer möglich. Dazu müsste die Regierung vor allem die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus dem Anfang 2007 veröffentlichten Urteil umsetzen: Immobilien und Betriebe müssen zu ihrem tatsächlichen Wert angesetzt werden, nicht wie bisher nur zu einem Bruchteil.² Auf diese Milliarden verzichtet die große Koalition und fasst Reiche und Unternehmer wieder nur mit Samthandschuhen an.

Im Gesetzentwurf zur Reform der Erbschaftsteuer halten Union und SPD hartnäckig daran fest, Erben von Betriebsvermögen die Steuer zu erlassen. Obwohl bekannt ist, dass die Steuer weder Betriebe noch Arbeitsplätze gefährdet. 85 Prozent des Firmenwerts sollen steuerfrei bleiben, wenn die Erben den Betrieb 15 Jahre fortführen und die Lohnsumme zehn Jahre lang nicht unter 70 Prozent fällt. Dabei können reiche Erben Grundstücke, Wertpapiere und sogar Kunstsammlungen als Teil des Betriebsvermögens deklarieren und so bei rechtzeitiger Planung die Steuer zum Großteil umgehen. Selbst diese großzügige Regelung steht schon wieder in der Kritik: 15 Jahre sei einfach eine zu lange Zeit, sekundieren Unions-Politiker die Klagen der Unternehmerverbände.

Auf zusätzlich mögliche Steuereinnahmen von reichen Erben verzichtet die große Koalition.

Bei privaten Erbschaften soll sich der Freibetrag für Eheleute von heute gut 300.000 auf eine halbe Million Euro fast verdoppeln. Jedes Kind soll mit 400.000 Euro fast ebenso viel steuerfrei erben können. Dies bedeutet eine gigantische Entlastung für alle reichen Erben. Denn nur die über dem Freibetrag liegende Erbschaft muss versteuert werden. Auch bei einer korrekten Bewertung von Immobilien reichen die heutigen Freibeträge für die Vererbung von normalem Familienvermögen völlig aus.

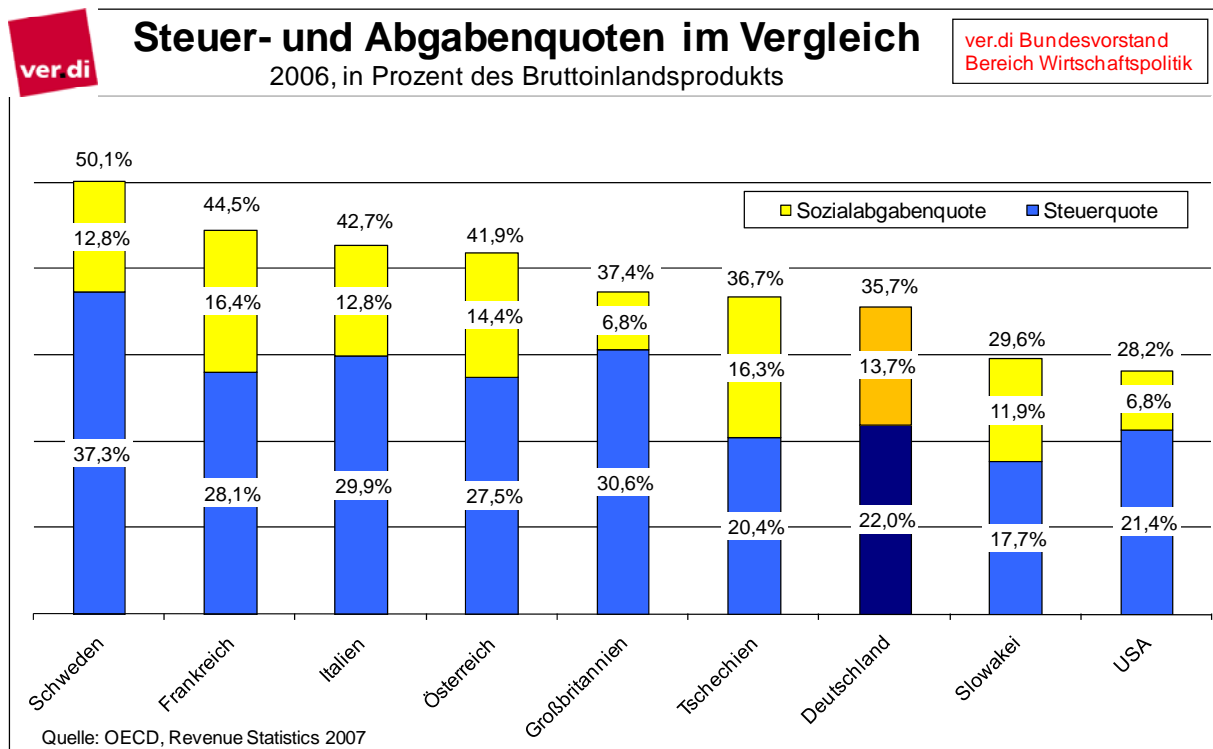
² Vgl. Erbschaftsteuer reformieren! ver.di, Wirtschaftspolitische Informationen 4/2007, www.wipo.verdi.de

Die finanziellen Auswirkungen der geplanten Reform sind im Gesetzentwurf noch nicht beziffert. Bisher hat die Erbschaftsteuer rund vier Milliarden Euro erbracht. Lediglich diese Einnahmen sollen nach Plänen der Koalition erhalten bleiben. Für 2008 würden laut Steuerschätzung die Einnahmen ohne Reform der Erbschaftsteuer aber bereits 4,35 Milliarden Euro betragen. Die geplante Reform bedeutet also nicht nur den Verzicht auf mögliche Mehreinnahmen, sondern auch noch zehn bis 15 Prozent Mindereinnahmen gegenüber geltendem Recht.³

Niedrigsteuerland – für Reiche

Trotz der Erholung bei den Steuereinnahmen bleibt Deutschland ein Niedrigsteuerland, weil Unternehmer⁴ und Reiche vergleichsweise wenig Steuern zahlen. Insgesamt liegt der Anteil der Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt erheblich unter dem internationalen Durchschnitt. Auch bei Mitberücksichtigung der Sozialabgaben erreicht Deutschland nicht das international übliche Niveau und bleibt deutlich hinter vergleichbaren Industrieländern zurück.

Allerdings hat die *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* – OECD – festgestellt, dass in Deutschland insbesondere die Beschäftigten durch hohe Steuern und Sozialabgaben belastet sind. Einnahmen aus Grund-, Vermögen-, Schenkung- und Erbschaftsteuern dagegen bringen mit einem Anteil von nur 0,9



³ Vgl. Handelsblatt vom 23. November 2007

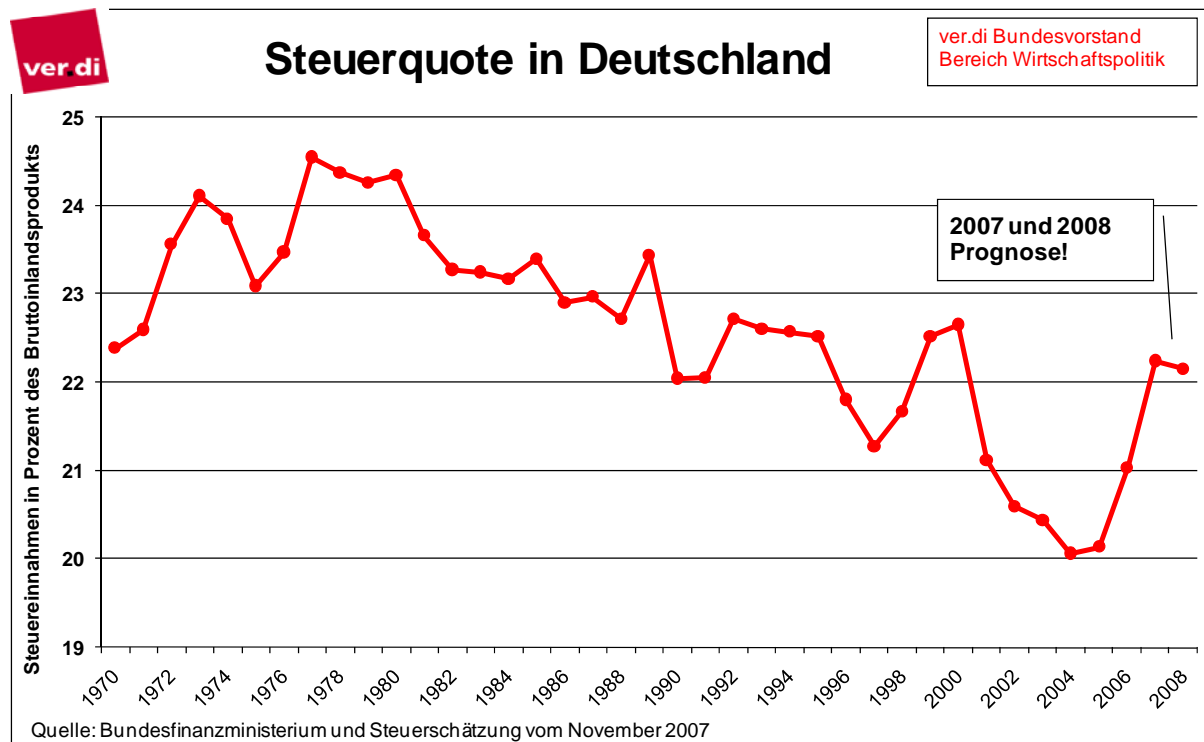
⁴ Zur geringen Steuerbelastung der Unternehmer vgl. auch DIW Wochenbericht 5/2007

Prozent des Bruttoinlandsprodukts weniger als die Hälfte des OECD-Durchschnitts. „Nur Mexiko, Tschechien und die Slowakei, also Staaten mit einem deutlich geringeren Vermögensbestand als Deutschland, sowie Österreich erzielen weniger Einnahmen aus diesen Steuerarten.“⁵

Bei den Verbrauchsteuern – vor allem Mehrwert-, Mineralöl- und Tabaksteuer – lag Deutschland leicht unter dem OECD-Schnitt, wird diesen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer in diesem Jahr aber erreichen. Die USA, Japan und die Schweiz besteuern den Konsum allerdings deutlich geringer.

Wachstumsbremse Sparwut

Die gegenwärtige Entwicklung zeigt: Eine gute Konjunktur bedeutet steigende Steuereinnahmen. Bei stagnierendem oder schwachem Wirtschaftswachstum – wie zwischen 2001 und 2005 – stagnieren auch die Steuereinnahmen. Die rot-grüne Regierung hatte ab 2000 zusätzlich vor allem Unternehmern und Reichen großzügige Steuergeschenke gemacht. Schwaches Wachstum und Steuergeschenke ließen die Steuerquote – der Anteil der Steuereinnahmen am insgesamt geschaffenen Reichtum – auf ein historisches Tief fallen. Wäre die Steuerquote in diesen Jahren auf dem Niveau des Jahres 2000 geblieben, hätte der damalige Finanzminister Eichel jährlich bis zu 60 Milliarden Euro mehr einnehmen können.



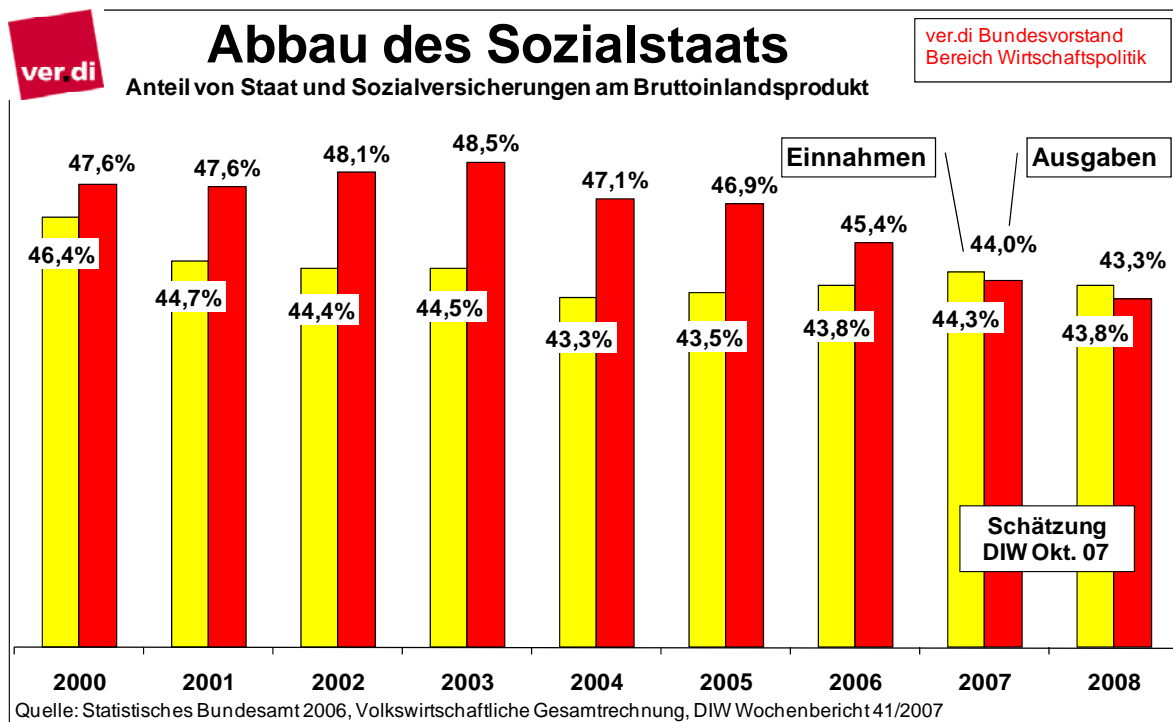
⁵ OECD, Pressemitteilung vom 17. Oktober 2007

Doch die Einnahmen fehlten, die Haushaltsdefizite nahmen zu und mit ihnen die Staatsverschuldung. Mit aller Gewalt und an allen Ecken und Enden sollte nun „gespart“ werden. Finanzminister Eichel war mit seiner Sparschwein-Sammlung das Sinnbild dafür.

Eine Kürzungsrunde jagte die nächste: Die Ausgaben für Infrastruktur fielen ins Bodenlose – trotz leichter Erholung seit 2006 gibt kaum ein anders Land weniger für die öffentliche Versorgung aus als Deutschland. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wurden mit Einkommenssteigerungen abgespeist, die noch hinter der schwachen Lohn- und Gehaltsentwicklung in anderen Branchen zurückblieben. Durch Sozialabbau beschnitten die rot-grüne Regierung und die große Koalition die Einkommen von Millionen Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentnern.

Gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt sind die Ausgaben von Staat und Sozialversicherungen seit 2003 tatsächlich kräftig gefallen. Gleichzeitig sind aber auch die Einnahmen gefallen und auf niedrigem Niveau verharrt. Deshalb blieben die Haushaltsdefizite hoch und die Verschuldung stieg weiter an. Erst als konjunkturbedingte neue Investitionen und weitere Exportsteigerungen dem Aufschwung Beine machten, stiegen die Steuereinnahmen und sanken die Defizite.

Wirklich überraschend ist das nicht. Denn so paradox es auch klingen mag – was für eine einzelne Person oder Familie richtig sein mag, stimmt nicht für eine ganze Volkswirtschaft. Wenn der Staat „spart“, kürzt er Einkommen, die andere nicht



erzielen und nicht ausgeben können. Wenn gleichzeitig das Wirtschaftswachstum schwach ist, wird die Situation noch verschärft: Der Staat steht auf der Bremse, die durch Kürzungen erreichten „Sparerfolge“ werden durch geringere Einnahmen wieder zunichte gemacht.

2007 und 2008 werden die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt durch die gute Konjunktur in etwa ausgeglichen sein. Der Schuldenstand – der Anteil der Schulden am Bruttoinlandsprodukt – wird dadurch von 67,5 auf 63 Prozent sinken. Forderungen nach weiter gehendem Schuldenabbau weist Finanzminister Steinbrück mit Recht zurück, weil er sich nicht „ins Koma sparen“ wolle.

Trotzdem aber plant die Regierung weiterhin auf Schrumpfkurs zu bleiben: Gegenwärtig erreichen die Einnahmen von Staat und Sozialversicherung lediglich wieder knapp das Niveau der Jahre vor 2004. Zur Jahrtausendwende wurden noch rund 48 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für öffentliche und soziale Ausgaben verwendet. Heute sind es noch 44 Prozent oder über 90 Milliarden Euro weniger pro Jahr. Nach dem Stabilitätsprogramm der Bundesregierung vom Dezember 2006 sollen die Ausgaben weiter auf nur noch 43 Prozent sinken.

Öffentliche Ausgaben: Genug gespart!

Die Folgen des staatlichen Schrumpfkurses spüren Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ebenso in ihren Geldbeuteln wie Rentnerinnen, Rentner und Erwerbslose. Die Folgen spüren wir alle, wenn wir immer teurere öffentliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen wollen. Unter den Folgen leiden wir, wenn wir wegen Personalabbau in öffentlichen Ämtern lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen. Die Folgen sehen wir, wenn an Rathaus und Schule der Putz von den Wänden bröckelt.

Seit 2003 investiert der Staat so wenig, dass sein Vermögen verfällt.

1.500 öffentliche Bäder geschlossen, 500 Bahnhöfe stillgelegt, ein Viertel aller Jugend- und Freizeitangebote gestrichen, Kita-Plätze um 35 Prozent teurer – das sind nur einige konkrete Beispiele für Entwicklungen der letzten Jahre.⁶ Auch im Vergleich zu anderen Ländern haben Bund, Länder und Gemeinden in den letzten zehn Jahren extrem wenig für öffentliche Investitionen ausgegeben. Netto sind die Investitionen seit 2003 sogar negativ – mit anderen Worten: der Staat lässt sein

⁶ Vgl. www.genuggespart.de

Vermögen verfallen.⁷ Diese Entwicklung muss umgekehrt werden! Mit einem Zukunftsinvestitionsprogramm von 40 Milliarden Euro jährlich.⁸

Jetzt sind die Beschäftigten dran

In den vergangenen Jahren waren die Haushaltsdefizite das große Druckmittel gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Die öffentlichen Arbeitgeber haben ihnen eine enorme Arbeitsverdichtung und Personalabbau zugemutet und sie mit Nullrunden oder nur geringen Einkommenssteigerungen abgespeist. Die Zuwächse haben noch nicht einmal die Preissteigerungen ausgeglichen.⁹

Mit den sprudelnden Steuereinnahmen hat dieses Argument seine scheinbare Überzeugungskraft verloren. Richtig war es ohnehin nicht. Steuergeschenke an Unternehmer und Reiche waren die Hauptursache für die Haushaltsdefizite der vergangenen Jahre. Zusätzlich verzichtet der Staat jedes Jahr auf mindestens zwölf Milliarden Euro an Steuereinnahmen durch gravierende Mängel im Steuervollzug. Die Finanzbehörden stellen viel zu wenig Personal ein und lassen einseitig prüfen. Das begünstigt systematisch Gewinne und Vermögenseinkünfte.¹⁰

In der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes Anfang 2008 sind kräftige Lohnsteigerungen für die Beschäftigten überfällig.

Zukunftsinvestitionen, mehr Personal und eine gerechte Bezahlung im öffentlichen Dienst sind auch langfristig und solide finanzierbar. Konkrete Vorschläge liegen mit dem *Konzept Steuergerechtigkeit* von ver.di längst vor. Eckpunkte sind die Wiedererhebung der Vermögensteuer, eine gerechte Reform der Erbschaftsteuer und die Erhöhung des Spitzensatzes bei der Einkommensteuer auf 50 Prozent. Zusätzlich muss die Unternehmensbesteuerung wieder eine angemessene Beteiligung der Unternehmer an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben gewährleisten.¹¹

Das ver.di-Konzept stellt wieder mehr Steuergerechtigkeit her: Diejenigen, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten über Gebühr steuerlich entlastet wurden, tragen wieder mehr zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben bei.

⁷ Vgl. IMK Report Nr. 24, November 2007

⁸ Vgl. ver.di-Bundesvorstand (Hrsg.): In unsere Zukunft investieren, www.wipo.verdi.de

⁹ Vgl. ver.di-Bundesvorstand (Hrsg.): Tarifrunde öffentlicher Dienst, Berlin 2007

¹⁰ Vgl. Steuervollzug in Deutschland ist ein Skandal, Pressekonferenz von ver.di am 22.10.07, wipo.verdi.de/presse

¹¹ Vgl. ver.di-Bundesvorstand (Hrsg.): Konzept Steuergerechtigkeit, www.wipo.verdi.de, sowie: Beschäftigungsorientierte Finanz- und Steuerpolitik, Beschluss des ver.di-Bundeskongresses, Oktober 2007